



Bürgerliche kritisieren «Scheinreform»

SVP und FDP gegen Altersreform

(sda) · SVP und FDP halten die Reform der Altersvorsorge für eine «Scheinreform». Mit dieser blieben nicht nur die strukturellen Probleme der Altersvorsorge ungelöst, kritisieren sie. Die AHV werde sogar noch ausgebaut, was zu einem noch grösseren Finanzloch führe. In der sogenannten Generationenallianz vereinigt, greifen die bürgerlichen Gegner in erster Linie den AHV-Zuschlag von 70 Franken und die höheren Ehepaar-Renten an. Dieser Leistungsausbau sei ab 2030 nicht mehr finanziert, sagte die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter am Donnerstag vor

Rentenreform 2020

Eidgenössische Abstimmung

vom 24. September 2017

den Medien in Bern. In den folgenden Jahren explodierte der Finanzbedarf förmlich, weil die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge in Pension gingen.

Strukturelle Probleme ungelöst

Der AHV-Zuschlag soll einen Teil der Renteneinbussen ausgleichen, die durch die Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der 2. Säule entstehen. Finanziert wird er durch 0,3 zusätzliche Lohnprozente. Nach 2030 übersteigen die Ausgaben die Einnahmen. 2030 ist auch in den Augen von Keller-Sutter ein realistischer Horizont für eine nächste Reform. Es könne aber nicht sein, dass diese darin bestehen müsse, die Fehler der derzeitigen Reform zu korrigieren, sagte sie.

Das die Reform der Altersvorsorge die strukturellen Probleme der AHV nicht löse, scheine die Erfinder der Vorlage nicht zu kümmern, kritisierte der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller. Das Defizit der AHV bleibe trotz Mehrkosten praktisch auf dem gleichen

Niveau. Diese Mehrkosten müssten vor allem die Jungen schultern, über höhere Mehrwertsteuersätze und zusätzliche Lohnabzüge. Sie müssten in wenigen Jahren auch das Finanzloch stopfen, das der AHV-Ausbau hinterlasse. Nach heutigen Projektionen fällt der AHV-Fonds 2037 unter 30 Prozent einer Jahresausgabe. Bei diesem Stand könnten die Renten nicht mehr rechtzeitig ausbezahlt werden.

Sanierungsbeitrag verpufft

Für die Generationenallianz ist die Reform aber nicht nur nicht finanzierbar, sondern auch ungerecht. Für Keller-Sutter ist es besonders stossend, dass der Sanierungsbeitrag, den die Frauen mit dem höheren Rentenalter leisten, gleich wieder verpufft. Nur Neurentner erhielten monatlich mehr Rente, dabei gebe es unter den heutigen Rentnerinnen und Rentnern Personen, die wirklich Unterstützung benötigten, sagte der ehemalige Zürcher SVP-Nationalrat Toni Boroluzzi. Als ärgerlich bezeichnete er die Streichung des Freibetrags von 1400 Franken, von dem erwerbstätige Rentner heute profitieren. Das werde jene Landwirte und Inhaber von KMU treffen, die heute noch im Rentenalter Teilzeit arbeiteten, sagte SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin (Waadt). Heute müssten auf den Freibetrag keine Sozialversicherungsabgaben bezahlt werden. FDP-Nationalrat Christian Lüscher (Genf) kritisierte, dass die Reform gerade die Bedürftigsten treffe. Wegen des AHV-Zuschlags verlören sie unter Umständen ihren Anspruch auf Ergänzungsleistungen.

Gegen Leistungsausbau

Die Generationenallianz wirbt daher für ein Nein am 24. September. Das mache den Weg frei für eine echte Reform, die die Probleme der Altersvorsorge ehrlich und gerecht anpacke, sagte Thomas de Courten (svp., Basel-Landschaft). Auch Keller-Sutter forderte eine Reform, die das Leistungsniveau in der AHV sichere und nicht ausbaue.